5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

Kriegs-Zeitung der Hallischen Nachrichten

5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Tadrichstraße 12 bis 14 bezw. Bölbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981. Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Brunnenstraße 49 in Giebichenstein (Tel. Nr. 1403). Verantwortlich für die Redaktion: Otto Becker in Halle a. S.

Nummer 294 — Halle, Mittwoch den 23. Oktober — 1918

Starke französische Angriffe gescheitert.

Aus dem Reichstag.

Rede des Reichskanzlers.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. Oktober.

War das wirklich heute etwas ganz Neues in der deutschen Geschichte? Der erste Tag nach Einführung des parlamentarischen Systems, an dem die Führer der großen Parteien zu Worte kamen, fiel anders als sonst. Man sah allerdings die Herren Scheidemann und Bauer, Erzberger und Trimborn auf den Ministerbänken sitzen, aber sonst hatte sich eigentlich nichts an dem üblichen Bild verändert. Die Reden brachten ganz neue Töne, die einen vollständigen Wandel verraten hätten, eigentlich kaum zum Vortrag. Der Reichskanzler sprach heute längst nicht so gut wie kürzlich. Es fehlte seinem Vortrag an Pathos, Nachdruck und Kraft. Seine Worte kamen zu stockend und gequält heraus. Auch vermißte man neue Gedanken. Man dachte unwillkürlich daran, wie Lloyd George und Clémenceau in solchen Fällen ihr Volk ganz anders zu entflammen oder zu trösten verstanden haben würden. Auch die übrigen Redner wurden ihrer Aufgabe nur wenig gerecht, man spürte wieder so recht den Mangel großer Redner bei uns. Herr Ebert ist ein hochachtbarer Parteiführer und ein sympathischer Mensch, aber als Redner ist ihm Herr Scheidemann bedeutend über. Nur Herr Naumann fand zu Herzen gehende Worte; seine Darlegungen hatten einen Zug ins Große. Sie waren getragen von Ausblicken auf lange Fristen. Besonders suchte Herr Naumann klar zu machen, wie der Wandel zum parlamentarischen System für uns notwendig geworden sei und was er für uns zu bedeuten habe.

Gespannt wartete man auf die Darlegungen Stresemanns. Er war früher einer derjenigen, die bei uns am eifrigsten die Eroberungspolitik verfochten. Zur Begründung des Wechsels seiner Anschauungen erklärte er, die meisten Menschen hätten sich durch die oberflächliche Beurteilung der Kriegslage täuschen lassen. Jedenfalls war er der einzige, der jetzt geradezu offen die deutsche Heeresleitung der Vernachlässigung ihrer Pflichten beschuldigte. In Frankreich und England ist man in solchen Fällen zweifellos weit offener und rücksichtsloser gegen die Heerführer vorgegangen.

Graf Westarp bekämpfte — natürlich! — das neue System, mit der größten Erbitterung. Die Konservativen in schärfster Opposition sind bei uns eine ungewohnte Erscheinung, aber es ist anzunehmen, daß man sich daran gewöhnen wird und daß vielleicht Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vergehen werden, bis die Konservativen wieder einmal Aussicht haben, in die Regierung zu gelangen.

*

Den Wortlaut der Rede des Reichskanzlers finden die Leser auf der zweiten Seite der Kriegs-Zeitung.

*

Die deutsche Antwortnote.

Das Echo bei uns und im feindlichen Auslande.

(W. T. B.) **Köln**, 22. Oktober. Die „Köln. Ztg." nennt die Antwort der deutschen Regierung ein weiteres Entgegenkommen, mit dem sie noch einmal beweise, daß sie sich selbst durch die bewußten Unfreundlichkeiten der Gegenpartei nicht abschrecken lasse, sondern ihrerseits das Mögliche tun wolle, wenn sie dadurch ihr Ziel, die Einleitung von Friedensverhandlungen, erreichen könne. Das Entgegenkommen gegen Wilsons Beschwerde über unseren unbeschränkten Tauchbootkrieg ist ungeheuer. Wenn Wilson sehen will, so muß er darin wieder einen Beweis erblicken, daß es uns ernst ist mit dem Wunsche nach Frieden, daß wir wirklame Mittel unserer Kriegführung preiszugeben bereit sind, wenn wir dadurch die Gewähr erlangen können, den Frieden einzuleiten.

Berlin, 22. Oktober. Die ersten feindlichen Blätterstimmen über die letzte deutsche Antwortnote an Wilson liegen bereits vor. Die „London Daily Mail" verbittet sich die Fortsetzung „dieser Albernheiten", und die „Morning Post" leistet sich sogar den Scherz, den Ton dieser Note als unverschämt zu bezeichnen. Wenn die übrige feindliche Presse in dieses Urteil einstimmt, dann können wir uns ja auf einen netten Heeresbrief gefaßt machen. (Kor.-Anz.)

(W. T. B.) **Amsterdam**, 22. Oktober. Sofort nach Eintreffen des Textes der deutschen Antwortnote an den Präsidenten Wilson hielt das Kabinett eine außerordentliche Sitzung ab. Man betrachtet die Antwort als eine Angelegenheit, die für den Augenblick technisch nur die Vereinigten Staaten angeht. Der „L. A." zufolge wird sie als unbefriedigend betrachtet und trotzdem wenig Zweifel, daß sie mit Bestimmtheit zurückgewiesen werden wird.

ep **Genf**, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Schweiz. Pressetelegraph meldet aus Paris: Sofort nach Bekanntwerden der deutschen Antwortnote hatte Clémenceau mit dem Minister des Aeußeren Pichon und dem amerikanischen Botschafter eine längere Unterredung. In Kreisen, die dem Ministerpräsidenten nahestehen, ist man der Auffassung, daß der Zeitpunkt näher gerückt sei, wo sich auch Frankreich direkt mit der Frage des Waffenstillstandes zu befassen haben werde. Es ist festzustellen, daß, wie Clémenceau in seiner letzter Rede die Revanchepolitik ablehnte, auch die Haltung der nationalistischen Presse dem Frieden etwas geneigter geworden ist. Immerhin sind das „Echo de Paris", der „Matin" und das „Petit Journal", wie die meisten Blätter dieser Richtung, mit der deutschen Antwort nicht zufrieden. Sie beanstanden teils die Wendung „Wilson möge Gelegenheit zur Räumung schaffen", teils den Vorschlag der Einsetzung neutraler Kommissionen, teils die Ausführungen über die Verfassungsfrage. In keinem der drei Punkte ist ihnen die Note genügend bedingungslos. Die deutsche Regierung, meinen sie, nehme noch immer die Haltung einer Partei an, die gleich zu gleich verhandeln wolle. Daß man Wilson die Schaffung einer Gelegenheit zu Verhandlungen aufdrängen wolle, könne nur Verzögerung bewirken, da Wilson bereits erklärt habe, daß der Zeitpunkt für Unterhandlungen überhaupt erst nach vollkommener Räumung eintreten könne. Die deutsche Note sei auch jetzt noch voll von verlappten Bedingungen. Trotz alledem kann man nicht sagen, daß diese Blätter die Fortsetzung der Friedensarbeit ablehnen.

Bedeutend mehr Entgegenkommen zeigt die „Humanité", die die Voraussetzung für den Waffenstillstand jetzt annähernd erfüllt zu sehen glaubt. In ähnlichem Sinne schreiben die sozialistischen Blätter aller Farbungen. Es ist bedeutsam und sehr zu beachten, daß gerade diese Blätter sich seit zwölf Stunden sehr stark darauf berufen, die gesamte öffentliche Meinung teile ihre Auffassung, daß man zum Waffenstillstand kommen müsse, da Deutschland die Bedingungen Wilsons annehme, und daß man es überhaupt nach den Umwälzungen im Innern Deutschlands nicht mehr mit einem eigentlichen Feinde, das heißt mit der Militärpartei und der früheren Regierung zu tun habe. Die öffentliche Meinung in Frankreich lehne weitere Blutopfer wie einen nicht mehr nötigen Demonstrationskrieg ab. Fast alle Blätter der entschiedenen Linken schreiben in diesem Sinne.

ep **Chiasso**, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung des Schweiz. Pressetelegraph aus Rom wird von der deutschen Antwortnote an Wilson in der italienischen Presse noch nichts erwähnt.

*

(W. T. B.) **Berlin**, 22. Oktober, abends. (Amtlich.)

Starke Angriffe in Flandern südwestlich von Deynze und östlich von Kortryk brachten dem Feinde nur örtlich begrenzten Bodengewinn.

Auf dem östlichen Aisne-Ufer beiderseits Bouziers und östlich von Airy sind heftige Angriffe der Franzosen gescheitert.

Der meisterhafte deutsche Rückzug.

(W. T. B.) **Amsterdam**, 22. Oktober. Die holländische Presse beschäftigt sich vielfach mit der Zurücknahme der deutschen Linien. Das „Arnhemsch Dagblad" hebt mit Bewunderung die Meisterschaft des deutschen Rückzuges hervor, und auch der „Prov. Groninger Cour." spricht von seiner bewundernswerten Durchführung. „Niemals von den Tag" weist darauf hin, daß es den Feinden nicht gelungen sei, den deutschen Heere ein Sedan zu bereiten. Der „Rotterdamer" schließt aus dem Rückzuge auf eine eiserne Disziplin im deutschen Heere, so daß von einem geschlagenen Heere nicht die Rede sein könne.

Die Kunstschätze aus dem besetzten Gebiet.

Die umfangreichen und sehr wertvollen Kunstschätze aus den Gebieten von Cambrai, Douai und Valenciennes, die teils Museen, teils Privatbesitz entstammen, sind erhalten geblieben. Um sie der Möglichkeit einer Zerstörung durch Beschießung zu entziehen, hat die deutsche Heeresleitung sie unter sachkundiger Leitung eines bekannten Kunstschriftstellers verpacken lassen, nachdem genaue Inhaltsverzeichnisse aufgenommen worden waren. Sie sind inzwischen nach sicheren Plätzen geschafft worden, von wo aus sie nach dem Kriege ihren Besitzern unversehrt zurückgegeben werden sollen. Während man die Kunstschätze von Cambrai ohne Etappen nach dem Hintergelände abbefördert hat, brachte man die wertvollsten Stücke aus den Museen von Douai und Lille schon vor 1½ Jahren nach Valenciennes, wo sie dem französischen Museumsdirektor zur Besichtigung übergeben wurden, nachdem ein reich illustrierter Katalog von ihm aufgenommen worden war. Der Museumsdirektor von Douai leistete zum Teil passiven Widerstand. Die Aufforderung, gute Stücke, die er nicht mehr nach Valenciennes schicken wollte, im Keller zu bergen, führte er nur teilweise aus. Ein wertvolles Bild, Reiterporträt Ludwigs XIV. von van der Meulen, weigerte er sich abzugeben. Das Bild wurde trotzdem gerettet, nachdem der Direktor Douai Anfangs Dezember verlassen hatte. Ebenso wurden die bedeutenden Marmorreliefs der Kirche St. Pierre in Douai, die dem Kloster St. Amand entstammen, von den deutschen Behörden mit Sandpackungen zugebaut, um sie vor Zerstörung zu schützen.

Die angeblichen Plünderungen im besetzten Gebiet.

In Ententezeitungen und Funksprüchen werden ständig die schwersten Vorwürfe gegen das deutsche Heer wegen Plünderungen im besetzten Gebiet erhoben. Demgegenüber konnte eine neutrale Kommission, die das zu räumende Gebiet bereist, feststellen, daß an aller Brücker Posten aufgestellt sind, die jedes Auto und jeden Wagen kontrollieren, um etwaige Plünderungen zu verhindern. Wenn von den Deutschen Maschinen und Vorräte aus Belgien und Nordfrankreich zurückgeführt werden, so handelt es sich dabei in erster Linie um Material, das von den Deutschen selbst in das besetzte Gebiet für die zahlreichen dort errichteten Wirtschaftsbetriebe gebracht wurde, dann aber auch um Gegenstände, die sür Deutschland infolge der Blockade unersetzlich sind. Die Absperrung, die die Entente über die Mittelmächte verhängt hat, zwang Deutschland, das zum großen Teil auch für seine Verbündeten zu sorgen hatte, aus der Privatwirtschaft alles herauszuziehen, was es zur Fortführung des Krieges benötigte. Erst als die Vorräte in Deutschland zur Neige gingen, ging man dazu über, auch die besetzten Gebiete in stärkerem Maße heranzuziehen. Wenn aus Fabriken und Privathäusern Kupfer, Messing, Bleche usw. herausgeholt wurden, so geschah im besetzten Gebiet nichts anderes, als was in Deutschland längst durchgeführt war und wozu die Blockade Deutschland zwang. Auf sie fällt ein großer Teil der Härten zurück, welche die Okkupation für die Einwohner der besetzten Gebiete mit sich bringt.

(W. T. B.) **Amsterdam**, 21. Oktober. Wie das „Algemeen Handelsblad" aus Maastricht erfährt, sind in Visé gestern morgen die ersten 500 Flüchtlinge angekommen.

Entschädigungsansprüche der Entente.

Wie ein Londoner Gewährsmann meldet, sind zwischen den Ententeregierungen und Washington Verhandlungen über die Festsetzung der Entschädigung im Gange, welche Deutschland für die in Frankreich und Belgien angerichteten Kriegsschäden zahlen soll. Danach verlangt Frankreich volle Entschädigung der in Städten und Dörfern angerichteten Sachschäden und Entschädigungen an die Bauern für den Ausfall der Ernte der letzten vier Jahre und der kommenden Erntejahre. England schlägt vor, daß Deutschland bis zur Entrichtung dieser Riesensumme seine Handelsflotte an Frankreich und Belgien verpfänden müsse.

Aus dem anscheinend selbstlosen Vorschlag Englands schaut nur zu deutlich dessen Selbstsucht heraus: mit der Auslieferung der deutschen Handelsflotte an Frankreich und Belgien hätte England zugleich eines seiner Hauptkriegsziele, die Vernichtung der deutschen Konkurrenz im Welthandel, erreicht.

Der Amnestieerlaß für Belgien.

ep **Chiasso**, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gewaltigen Eindruck ruft in römischen Kreisen ein vom „Osservatore Romano" veröffentlichtes Schreiben des politischen Abteilungschefs in Brüssel, v. d. Lanken, an Kardinal Mercier hervor. Der Brief wurde von Kardinal Mercier dem Papst durch den Nuntius in Haag übermittelt, damit der Papst als erster Kenntnis davon erhalte: In dem Briefe heißt es u. a.: „Der Generalgouverneur meiner Regierung hat mich beauftragt, Ihnen anzukündigen, daß er bei der Räumung Ihres Gebietes freiwillig in entgegenkommender Weise die deportierten Belgier freilassen werde. Den politischen Gefangenen wird zum Teil freigestellt, am 21. Oktober in ihre Heimat zurückzukehren." Diese Mitteilung ist nach dem „Osservatore Romano" dem König der Belgier und dem Präsidenten Wilson übermittelt worden. Man zieht aus ihr den Schluß, daß Deutschland binnen kurzem Belgien vollständig zu räumen gedenkt.

Von dem Annestieerlaß des Generalgouverneurs in Brüssel haben wir bereits gestern berichtet.

*

(W. T. B.) **Wien**, 22. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz:

Gestern in den frühen Morgenstunden gelang es dem Feinde, im Gebiete des Monte Tifermol vorübergehend in unsere Gräben einzudringen. Er wurde durch Gegenstoß geworfen. Weiterer Angriffsversuche scheiterten in unserem Feuer. Im Asiago-Becken vereitelten wir italienische Erkundungsversuche.

Balkan-Kriegsschauplatz:

An der Moravawurden Angriffe abgeschlagen. Eine Unternehmung einer deutscher Truppen führte in die feindliche Stellung. Bei Zajecar vermochte der Feind Boden zu gewinnen.

In Albanien kam es am Mati-Fluß zu Nachkämpfen.

Der Chef des Generalstabes.

Oesterreichs Zerfall.

Neue Staatenbildungen.

Wien, 22. Oktober. In einer äußerst erregten Sitzung der ukrainischen Nationalgarde in Lemberg, welche vom Freitag bis Sonnabend vormittag dauerte, erfolgte die Proklamierung des selbständigen ukrainischen Staates für sämtliche von Ukrainern eingenommenen Gebiete Oesterreichs und Ungarns vom San in Galizien bis zum Szereth in der Bukowina. Die Sozialdemokraten traten aus der Konstituante unter der Begründung aus, daß sie den sofortigen Anschluß dieses neugebildeten Staates an den ukrainischen Staat forderten, dessen Sitz in Kiew ist. Trotz des Protestes der Sozialdemokraten wurde zum Schluß unter dem großen Jubel der ukrainische Staat mit allen ethnographisch ukrainischen Gebieten Oesterreich-Ungarns proklamiert. Die Entsendung einer eigenen Vertretung auf die internationale Friedenskonferenz wurde beschlossen und dem Minister des Aeußeren, Grafen Burian, das Recht abgesprochen, im Namen des ukrainischen Staates zu sprechen. Der Beschluß schließt mit den Worten: Von heute ab gibt es keine Herrschaft des alten Oesterreichs und der Magyaren mehr. Jeder Ukrainer ist Bürger des neuen ukrainischen Staates.

Aus Agram wird gemeldet: Vom 17. bis 19. Oktober fand in Agram die Tagung des serbisch-kroatisch-slowenischen Nationalrates statt, der in einem Beschluß erklärter: Er beabsichtige nicht, die Führung in der Nationalitätenpolitik zu ergreifen. Im allgemeinen nationalen Fragen gehe es künftig kein Oesterreich mehr, keine Gruppen und keine parlamentarische Fraktionen. Serben, Kroaten und Slowenen wollten auf der Grundlage des ethnographischen Prinzips ihre Vereinigung zu einem einheitlichen, vollständig souveränen Staat, aufgebaut auf der wirtschaftlichen und politischen Demokratie, die die Beseitigung aller sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten mit sich bringe, durchsetzen. Der Nationalrat fordere auf der Friedenskonferenz eine einheitliche Vertretung durch eine besondere Delegation. Er lehne das kaiserliche Manifest ab und verlange, daß den Nachbarstaaten im Hinterlande die Möglichkeit gegeben und zugesichert werde, eine Eisenbahnlinie zum Meer zu erhalten, ohne daß dadurch die territoriale Integrität und die staatliche Souveränität des südlichen Staates gefährdet werde. (Deutsche Kriegszeitung.)

Versenkt.

(W. T. B.) **London**, 21. Oktober. (Reuter.) Der irische Dampfer „Dundalk" wurde Montag Nacht in der Irischen See torpediert. Dreizehn von der dreißig Mann zählenden Besatzung wurden gerettet. Ueber das Schicksal der anderen ist nichts bekannt.

Abtretung deutscher Schiffe an Spanien.

(W. T. B.) **Madrid**, 22. Oktober. In einer amtlichen Note der spanischen Regierung heißt es: „Angesichts der langen Zeit, die seit der Entscheidung der spanischen Regierung vom 29. 8. verlaufen ist, und angesichts neuerlicher Versenkungen spanischer Schiffe wurde es immer dringlicher, unter dem Vorbehalt, daß die strittigen Punkte durch spätere Verhandlungen oder durch von beiden Seiten anzunehmenden Schiedsspruch geregelt würden, einen sofortigen Besitzwechsel und eine Verwertung von deutschem Schiffsraum für Spanien aus dem in unsere Häfen gestüchteten Schiffen vorzunehmen, welcher tatsächlich dem seit dem 14. 8. versenkten spanischen Schiffsraum entspricht. Dabei soll der so erlangte Besitzstand weder den Rechten noch der spanischen Charakterisierung präjudizieren, über die noch keine Uebereinstimmung herrscht, und ebensowenig hierdurch die Reklamationen berührt werden, die frühere Versenkungen betreffen. In diesem Behufe sind durch freundschaftliche Benachrichtigung sieben deutsche Dampfer von zusammen 21 600 Tonnen Tragraum bezeichnet worden, nämlich Kriphia", „Cupidemia", „Perfchik", „Klio", „Mathilde", „Irmfried" und „Rudolph". Sie sind der spanischen Regierung übergeben worden in der Weise, daß besagte Uebergabe im Einvernehmen zwischen dem Verpflegungsministerium und einem höheren Beamten der Kaiserlichen Botschaft stattfinden wird."

Aufschub in der finnischen Thronfrage.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Helsingfors, 22. Oktober. Wie „Sonin Sozialdemokratie" aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, ist bei der finnischen Regierung ein Telegramm aus Deutschland eingelaufen, demzufolge Prinz Friedrich Karl von Hessen erklärte, daß er der Absicht von drei Monaten seine endgültige Antwort beile. Uebereinstimme der finnische Strom gehen könne, da er kein Friedenshindernis sein wolle.

Unruhen in Wilna.

Berlin, 22. Oktober. Der „Kol.-Anz." schreibt: In der litauischen Hauptstadt kam es am Sonntag zu Ausschreitungen, denen an sich vielleicht keine große Bedeutung beizulegen ist, die aber kennzeichnend sind für die augenblickliche Lage in den östlichen Randstaaten. Nach dem Gottesdienst machten die Polen den Versuch, einen geschlossenen Umzug zu veranstalten. Die schwache Polizeimacht wurde aufgeboten, um den Umzug zu verhindern. Es kam dazu, daß schließlich von der blanken Waffe Gebrauch gemacht werden mußte. Auch einige Schüsse wurden abgegeben. Es gab einige Verwundete.

Ein neuer Milliardenkriegskredit.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Dem Reichstage wird Mitte November eine neue Kriegskreditvorlage in Höhe von 15 Milliarden Mark zugehen.

Karl Liebknecht begnadigt.

(W. T. B.) **Berlin**, 22. Oktober. Wie wir hören, bestätigt es sich, daß sich unter den vom letzten Gnadenakt betroffenen Personen auch Karl Liebknecht befindet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853264-191810234/fragment/page=0001

Der Reichskanzler über Friedensaussichten und Volksregierung.

Deutscher Reichstag.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 22. Oktober.

Die Sitzung wurde kurz nach 2 Uhr eröffnet; der Saal ist dicht gefüllt. Nachdem das Haus kleine Anfrager erledigt hatte, erhob sich wenige Minuten vor 2¼ Uhr, der

Reichskanzler:

Seitdem ich zum ersten Male zu Ihnen sprach, sind infolge der Friedensaktion, welche uns bei meinem Amtsantritt begleitete, weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst kamen Wilsons Gegenfragen; unsere unzweideutig bejahende Antwort hat zu erneuten Anfragen des Präsidenten geführt und unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden. Meine Herren! Das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt. Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch hegen, die Debatte möglichst einzuschränken. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angerufen worden. Diese heutige Aussprache gibt den Aeußerungen aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als dieses eine sagen: Die erste Antwort des Präsidenten Wilson auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage:

Rechtsfriede oder Gewaltfriede?

auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Gesinnungsstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgefochten wird, wie er auch bei uns in gleicher Lage ausgefochten werden muß. Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter, denn je ihre Stimme, welche sich einbilden, der Augenblick sei da, wo die angesammelte Leidenschaft den Haß und die Rachsucht auf dem Boden unserer deutschen Heimat stillen zu können glaube. Auf der anderen Seite sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes völlig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet: Ehe irgendeine einzelne Macht oder Machtgruppe es unternimmt, Zwangsmittel zur Durchführung des von ihr vertretenen Rechtes gegen andere Nationen anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege friedlicher Uebereinkunft den Frieden zu erhalten, oder, auf die gegenwärtige internationale Lage angewendet, ihn zu erreichen. Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die realen Gewalten erkennen, welche gegeneinanderstehen, aber wir können nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen. Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen. Bis dahin müssen wir uns mit allen unseren Gedanken und allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten fühlen, darauf, daß die feindliche Regierungen den Krieg wollen und daß keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das bis zum äußersten geht. Wenn die Notwendigkeit eintritt, so haben wir auch keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eintrat. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens stellt, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich

nicht kampflos dem Gewaltfrieden zu beugen.

Lebhafte Zustimmung.) Eine Regierung, welche hierfür keine Empfindung hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben (sehr richtig!) und würde vom Zorn der Oeffentlichkeit hinweggefegt.

Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: Wenn nun ein Friede auf der Grundlage der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt, was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst wenn unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, den deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht um was es sich handelt. Jetzt muß es Klarheit haben. In es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Nachstellung. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für Recht halten, sondern was in freier Aus prache mit unseren Gegnern für recht erkannt worden ist. Eine schwere Ueberredung für ein stolzes und siegesgewohntes Volk! Denn der Rechtsfriede macht nicht halt vor unseren Landesgrenzen, die wir aber der Gewalt niemals freiwillig öffnen dürften. Täte, die wir als für uns unerläßlich ansehen, müssen, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes. Wir ist von diesen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutschfeindliches Tribunal bedeute. Wenn dem so wäre, warum sehen die erbitterten Rechtsfeinde in der Entente das Verhandlungszimmer wie die Schuldigen das Gericht? Der Kernpunkt des ganzen Wilsonprogramms ist

der Völkerbund.

Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker sich zur nationalen Selbstbindung aufraffen. Das Zustandekommen einer solchen Völkergemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbständigkeit, welche bisher das Zeichen der Staatshoheit war.

Für uns ere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung folgen. Verharren wir innerlich auf der Grundlage des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die erste Kraft im Leben der Völker war, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. (Sehr richtig!) Dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit das uns für Generationen lahm legen wird. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sieg die furchtbaren Kriegen vor allem der Sieg des Rechtsfriedens ist und wenn wir uns nicht diesem Frieden widersetzen, unterwerfen nicht mit innerem Vorbehalten, sondern mit allen Freiwilligkeit so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Beifall.) An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichen Ernst, mit aller Zweifellosigkeit mitarbeiten die unser Erbteil ist. Wir brauchen nur auf die Zeit von zwei Generationen zurückzugreifen um als Notwendigkeit moralische Triebfedern für die Neuentwicklung vorzufinden. Sind aber einmal die Menschlichkeitsziele unser, so wird die Zusammenarbeit der Nationen zu einer großen befriedigenden Aufgabe. Ich möchte die Worte zitieren, welche ich am 10. Februar aussprach. Der bloße Daseinskampf, wenn er allein steht, läßt große menschliche Kraftmeiern unerschöpfen. Wir müssen das Glück und das Recht unseres Volkes in unser nationales Leben einnehmen. Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerbundsgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß

noch gewaltige Widerstände

zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Kein Mensch kann sagen, ob das rasch oder langsam gehen wird. Mögen und die nächsten Tage oder Wochen zum Weiterkommen aufrufen oder mag sich der Weg zum Frieden eröffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung unseres Regierungsprogrammes, das die entschiedene

Abkehr von alten Wegen

bedeutet. (Bravo.)

Dann komme ich zu den Fragen der

inneren Politik,

worüber ich der deutschen Volksvertretung Rechenschaft schuldig bin. Meine Herren! Ich habe Ihnen schon am 5. Oktober die allgemeinen Grundsätze dargelegt, wonach ich die Kanzlerschaft zu führen gedenke und die dem Programm der Mehrheitsparteien entsprechen. Durch diese Grundsätze geleitet, habe ich mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im inneren Deutschland friedliche Zustände herbeiführen sollen. Die Reform des

Wahlrechts in Preußen

ist durch das bundesweise Entgegenkommen der Parteien gegen die Vorschläge der Regierung so weit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes gesichert ist (seh. Brav.). Dem Reichstage liegen zwei Gesetzentwürfe vor, welche die neue Regierungsweise von den Verfassungsschranken befreien sollen, die ihr noch im Wege stehen. Der Entwurf schlägt ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörde Stellvertreter des Kanzlers werden. In Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und unmittelbar nach der Rede dieses kann, ohne zugleich ein Amt bekommen zu haben. Wir sind überzeugt, daß sich dieser neue Weg als Zuhringer verwalter, bisher brachliegender Volkskräfte nicht nur für die Regierung, sondern mittelbar auch für das Parlament erweisen wird. Der Aufstieg geborener Führer aus allen freien Berufen wird dadurch nicht verhindert. Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorschriften zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, welche durch die Einsetzung

eines Staatsgerichtshofes

zu sichern wären. Man könnte bezweifeln, ob es der Kräftigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof bedarf, da kein Kanzler oder Staatssekretär im Amte bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat (sehr richtig!), aber es scheint doch für besser, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine neue Einrichtung des öffentlichen Rechtes bekräftigt wird, und ich hoffe deshalb dem Reichstag das Ergebnis der Beratungen bald vorlegen zu können. (Brav.)

Ferner ist eine Gruppe der Reichsregierung hat eine andere Regierungsweise

in den Reichslanden

zur natürlichen Folge. Die Staatssekretärschaft in Elsaß-Lothringen hat ein Elsässer übernommen, ein Elsässer ist sein Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weiterhin führende Männer aus der zweiten Kammer des Landtages eintreten. Ich nehme an, daß der neue Statthalter mit den Parteiführern ein Programm über seine Regierung aufstellen und es bald der Oeffentlichkeit darlegen wird.

Der zweite Entwurf, der die Aenderung des Artikels 11 der Verfassung bezweckt, enthält die Festlegung des Grundgedankens der neuen Regierungsweise. Er will, daß der Reichstag bei der Entscheidung der wichtigsten Lebensfrage der ganzen Nation, bei der

Frage von Krieg und Frieden

ein persönliches Mitbestimmungsrecht hat (lebh. Brav.). Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung der Beziehungen des Reiches zu den anderen Mächten. Die Bürgschaft könnte verstärkt werden, wenn auch die Bündnisverträge der neuen Bestimmung unterworfen würden. Auch zu den Verträgen über die Völkerfriede wird die Regierung gern die Hand bieten. Wenn der Völkerbund praktische Gestaltung gewinnt, und so lange noch kein Weltrecht besteht, würde Deutschland durch eine einseitige innere Bindung in Nachteil geraten. Hat aber der Völkerbund alle Hindernisse und Sonderbarkeiten und Verworrenheiten überwunden, so wird der Friede ist auch in dieser Richtung aufgebaut werden können.

Der Kriegszustand hat in allen Ländern drückende Einschränkungen der Staatsbürgerfreiheit zur Folge gehabt. Ihre volle Wiederherstellung wird uns der Frieden bringen. Die außerordentlichen

Vollmachten der Kriegszeit

sind noch nicht entbehrlich, sie können aber jetzt nur nach im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausgeübt werden. Der für die Ausführung dem Reichskanzler verantwortlich ist; unnötige Härten sollen dadurch vermieden werden. Die Anordnung des Kaisers, die ich am 5. Oktober ankündigte, ist inzwischen ergangen und umfaßt nicht allein die Maßnahmen auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungsrechts und der Beschränkung der persönlichen Freiheit, sondern sie erstreckt sich auf die gesamte Tätigkeit der vollziehenden Gewalt, auch auf dem Arbeitsgebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einzig sich der lokale Militärbefehlshaber nicht mit der Zivilverwaltungsbehörde, so ist unverzüglich die Entscheidung des Oberbefehlshabers einzuholen. Und dieser kann seine Entscheidung oder Anordnung treffen, der ich nicht selbst oder durch Vertreter zustimme. Als mein Vertreter hierfür ist der Staatssekretär Gröber in Aussicht genommen. Da der Oberbefehlshaber außerdem die Befugnis erlangt hat, mit meiner Zustimmung Abweichung Grund die Entlassung, so ist dafür gesorgt, daß der Belagerungszustand in dem Geiste gehandhabt wird, in dem ich die Leitung der Reichsgeschäfte übernommen habe.

Auf meinem Programm vom 5. Oktober stand auch die

Begnadigung

von Personen welche wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, besonders im Zusammenhang mit Arbeitseinstellungen, Straßenkundgebungen und ähnlichen Vorfällen, verurteilt worden sind. Eine weitgehende Amnestie für diese Verurteilten ist vom Kaiser bei sämtlichen Bundesregierungen angeregt worden und in der Ausführung begriffen. (Beifall.) Bis heute haben Verurteilte in großer Zahl ihre Freiheit wieder gewonnen. (Beifall.) Manchem von ihnen konnte die Regierung erst nach Ueberwindung ernster vaterländischer Bedenken die Freiheit wiedergeben, aber die Ueberzeugung von der Heilkraft einer Politik des Vertrauens hat den Ausschlag gegeben. (Beifall.)

Alle Schritten auf der neuen Bahn, die ich aufgezählt habe, haben alle verfassungsmäßigen Instanzen zugestimmt. Sie haben sich damit auf den Boden der von mir und meinen Mitarbeitern vertretenen neuen Regierungsform gestellt. Wenn Sie, woran ich nicht zweifle, den Vorlagen auch Ihrerseits zustimmen, so wird

die Volksregierung

fest in den Reichsgesetzen verankert werden.

Ich weiß, daß ein Rückblick auf die politische Krise der Oktobertage bei den Oktoberwochen sehr verschiedene Stimmungen bei Ihnen auslöst. Dem einen wird es als der ungestümme und unbesonnene Lauf auf der schiefen Ebene erscheinen, welcher zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, den anderen als das zögernde Tasten nach einer Staatsreform. Beide Stimmungen haben ihren Ausdruck gefunden. Das ist das Recht und die Aufgabe jeder Opposition, die wir auch unter der neuen Regierungsform nicht entbehren können. Gegenüber der Mehrheit des Reichstages aber stelle ich im Namen der Regierung fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziele als auch in der Art, in der wir ihm nachstreben, völlig einig sind. Das Ziel, dem wir nachstreben, ist die

politische Mündigkeit des deutschen Volkes.

(Beifall bei der Mehrheit.) Mir und meinen Mitarbeitern steht dieses Ziel als Leitstern unverrückbar vor Augen. Gewiß, die einzelnen Mitglieder der Regierung gingen ursprünglich von verschiedenen Ausgangspunkten aus. Aber sie verfolgt dieses gemeinsame Ziel mit derselben Treue, und deshalb haben sich unsere Wege auch immer gefunden, gehabt. Das deutsche Volk sitzt seit langem im Sattel.

Nun soll es reiten! (Beifall der Mehrheit.) Unser Volk hatte schon längst eine Freiheit, um die es mancher seiner politisch reiferen Nachbarn beneidet. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung war von jeher in jeder Hinsicht vorbildlich, auch für andere Völker. (Sehr richtig.) Das Reichswahlrecht war lange Zeit das freieste Wahlrecht der Welt und der Reichstag war so frei gewählt war, besaß fast das politische Machtmittel der Budgetbewilligung. Aber das deutsche Volk machte von seinen Rechten in den entscheidenden Punkten keinen Gebrauch. Wer eine Waffe geschenkt erhielt, ist noch kein Waffenträger. Er muß seine Fähigkeiten erst üben. Auch das deutsche Volk hat sein Instrument nicht immer mit voller Kraft zu spielen verstanden, weil es die Tätigkeit der eingesetzten Regierung gern gewähren ließ. Seine Hauptkraft zeigte sich in großen Einzelleistungen außerhalb der Politik. Nicht der Willkür der eingesetzten Verwaltung, sondern dem

Mangel an politischen Willen

verdankt es das deutsche Volk, daß es so lange als der Obrigkeitsstaat galt. (Sehr richtig!) Seit Juli 1917 reifte der Entschluß, grundlegende Staatsnotwendigkeit und der Oktober-September 1918 kam er zum Durchbruch. Jetzt soll dieser Entschluß gesetzliche Form erhalten. Darin liegt die Gewähr für den Bestand und die Dauer des neuen Systems. Wirklam hierfür ist die entscheidende Wendung in der Charakterentwicklung des deutschen Volkes, welche nach allen Leidenschaften des Krieges, nach allen Enttäuschungen und den großen Opfern unausbleiblich geworden war (sehr richtig bei der Mehrheit). Darin liegt eine bessere und realere Garantie als in irgend welchen Gesetzparagraphen, und darin sehe ich die Wurzeln und die Kraft der neuen Regierung. Heraus ergibt sich für mich eine klare Marschroute für alle meine Maßnahmen. Wir dürfen nicht von den Anschauungen ausgehen, die wir von der Not des Augenblickes Herr zu werden, zu Regierungsformen greifen, hinter denen nicht unsere innere Ueberzeugung steht und die nicht der Ausdruck unserer Eigenart sind (sehr richtig). Rambt man dem neuen System diesen wichtigsten Charakter, so nimmt man ihm den Keimwert der Unverwüstlichkeit. Ohne den dieses neue System, das jetzt seine erste Probe ablegt, nicht bestehen kann. Der gewaltige Ruf, welchen Fichte in schwerer Zeit an das deutsche Volk richtete, ergeht auch an uns: „Erhaltet Euch als Volk für die Aufgaben in der Welt, die Ihr lösen könnt! Denn jedes Volk hat Aufgaben, die ihm vor anderen gestellt sind," sagte Fichte. Es liegen uns solche Aufgaben in der Tiefe unseres Volkes, die nur die neue Freiheit geben kann. Die Stunde im Leben der Deutschen, die als die Zeit der größten Niedergeschlagenheit erschien, ist nach immer die Geburtsstunde neuer Geisteskräfte gewesen. Um unsere Eigenart ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren können.

Vor den Toren steht der Feind.

Unser erster und letzter Gedanke gilt den Truppen, die sich gegen eine Ueberzahl verteidigen und die wir gegen ungerechte Anklagen unserstützen verteidigen (lebhafter Beifall). Man soll nicht glauben, daß man unser Heer beleidigen kann, ohne unserem Volke an die Ehre zu greifen. (Lauter Beifall.) Schimme Einzelheiten hat es in jedem Heere gegeben, aber gerade der Geist des Volkskrieges fehlte sie ab. Als die Worte gesprochen wurden, daß der Geist des Roten Kreuzes so gut zu einem rechten Heere gehöre, wie der Offensivgeist, kam überwältigende Zustimmung aus den Kreisen des Heeres und es kamen Bestätigungen von ritterlichen Soldaten und aus feindlichen Ländern, die gegen Deutsche gekämpft haben. Unsere Soldaten dürfen nicht von den Anklagen schwer. Sie kämpfen mit der Sorge um die Heimat. Sie kämpfen mit dem Gedanken an den Frieden, aber sie hatten Stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir ihnen zu: „Die Heimat läßt Euch nicht im Stich! Was Ihr braucht und was sie hergeben kann an Menschen, an Mitteln und an Heimat, das soll Euch werden!" (Lebhafter Beifall.)

*

Nach dem Kanzler ergreift als erster aus dem Hause das Wort Abg. Herold (Ztr.): Wir stimmen den bedeutsamen Ausführungen des Reichskanzlers vollkommen zu. Die neue Regierung ist das ausführende Organ des Volkswillens. Die vorliegenden Gesetzentwürfe halten wir für nicht genügend. Jeder Krieg, ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, muß abhängig von der Zustimmung des Reichstages sein.

Abg. Ebert (Soz.): Wir fügen die Antwort der Regierung auf die Wilsonschen Gegenfragen. Die Gesetzentwürfe auf Abänderung der Reichsverfassung gehen nicht weit genug. Hat der Reichstag bei Ernennung und Verabschiedung des Reichskanzlers mitzusprechen? Erst dann ist die parlamentarische Regierungsform gesichert. Die absolutistische Stellung des Großen Generalstabes ist nicht mehr haltbar, und auch für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein Raum mehr. Deutschland muß frei werden oder untergehen. Wir bekennen uns, genau wie am 4. August 1917, zur Landesverteidigung, solange es not tut. Wollen die Gegner uns bedrohen, so rufen wir ihnen zu: Jede Anechtschaft hat ein Ende!

Abg. Naumann (F. Vp.): Der Reichskanzler will die Nation nicht blind zum Verhandlungstisch führen. Auch mit dem alten Grundsatze des blinden Vertrauens soll also gebrochen werden. Die deutsche Regierung hatte in diesem Kriege der Einheitlichkeit entbehrt und dadurch das deutsche Volk in den Ruf der Unehrlichkeit gebracht. Aber unehrlich war es nicht, nur unorganisiert. Auch in der Regierung kämpften zwei Richtungen gegeneinander: Bethmann-Hollweg und Tirpitz. Der Zusammenbruch des alten Systems ist da. Die neue Zeit müssen wir beginnen mit dem Aufbau der Stellung des Reichskanzlers, unmittelbar seiner Verantwortlichkeit. Während bisher Parlamentarier, die in die Regierung übernommen wurden, den Zusammenhang mit ihrer Partei verloren, werden künftig die Fäden hinüber und herüber gehen. — Das oberste Gesetz der neuen Regierung muß sein, Zweideutigkeiten zu vermeiden. Eine Nation der Heiterkeit und des Denkens ist nicht mehr da, und geht nicht. Aber mit uns in Frieden zu leben, das geht, wenn unsere Feinde nur wollen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (Ntl.): Der Friedensschritt der Regierung wird von uns gebilligt. Unser Heer leistet in diesem Augenblick, wo es nicht zu siegen vermag, Unmenschliches. Das Blut, das weiter vergossen werden muß, kommt nicht auf unser Haupt. Von einem Verrat Bulgariens möchte ich nicht reden. Die Geschichte wird zeigen, wie weit der Friede von Bukarest da mitspricht. In Oesterreich ist der Prozeß noch nicht abgeschlossen. Deutsch-Oesterreich war stets ein sicherer Hort deutschen Empfindens und wird es bleiben, und Ungarn wird niemals eine Tat der Untreue gegen Deutschland geben. Wir haben an einen deutschen Sieg geglaubt und schämen uns dessen nicht. Nach den beispiellosen Erfolgen unserer Truppen hatten wir ein Recht dazu. Bittere Empfindungen müssen in uns aufsteigen, wenn wir jetzt hören, was wir an Tanks und U-Booten hätten schaffen können, und daß nicht alle Kraft ausgenutzt wurde. (Sehr richtig!) Zusammengebrochen ist das ganze System der Geheimräte. Wir sind und bleiben Monarchisten. Wir sind aber überzeugt, der Monarchie am besten zu nützen, wenn wir an der Neuordnung der Dinge tatkräftig mitarbeiten. Wenn das Geschick unseren Untergang beschlossen hat, so kann er nur so sein, daß wir vor der Geschichte bestehen können. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Wir sehen in der neuen Entwickelung nicht einen Fortschritt, sondern eine verhängnisvolle Wendung. Die Regierung wird lediglich ein Vollzugsausschuß des Reichstages. Wir schädigen unser Heer gerade in der jetzigen schweren Zeit, wenn wir die Tätigkeit des Generalstabes unserer Feinde gleichsetzen. Wir lehnen die Einwirkung des Reichstages stellen. Wir lehnen die Einwirkung des Reichstages stellen. Wir lehnen die Verantwortung für diese Umwälzung ab, wie wir die vorliegenden Verfassungsänderungen nicht mitmachen. Das Friedensangebot war nicht zweckmäßig und auch nicht notwendig. Auch wir wünschen von Herzen den Frieden. Das deutsche Volk kann und will aber nicht zur Kapitulierung gezwungen werden. Es ist noch nicht genügt, Bedingungen anzunehmen, es ist mit seiner Ehre und einem Gerechtigkeitsfrieden unvereinbar sind und die Zukunft und Sicherheit des Reiches bedrohen. Wir sind pessimistisch und glauben, daß wir auch trotz der neuen Antwort zur Fortsetzung des Kampfes gezwungen werden. Unser muß durch Zufuhr neuer menschlicher und materialischer Kraft gestärkt werden. Wir beantragen daher Aufbesserung der Mannschaftslöhne und der Offizierbezüge. Kurz die Regierung das Volk zur Fortsetzung des Kampfes auf und macht sie ihm klar, worum es geht, so stehen wir hinter ihr.

Die Abgg. Gothein (F. Vp.), Herold (Ztr.) und Dr. Stresemann (Ntl.) haben eine Resolution eingebracht, die dem Reichskanzler das Vertrauen des Reichstages ausspricht.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Bericht der Obersten Heeresleitung.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 22. Oktbr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

An der Lys und Scheldе Infanteriegefechte. Mehrfach suchte der Feind mit kleineren und stärkeren Abteilungen die Front zu überschreiten. Nordöstlich von Kortrik drang er mit Panzerwagen, südöstlich von Kortrik mit stärkeren Kräften gegen unsere Linien vor. Er wurde überall verlustreich abgewiesen. Flugwachtmeister Müller der 9. Batterie Infanterieregiment Nr. 221 vernichtete hierbei sechs Panzerwagen des Gegners. Engländer besetzten die von uns geräumten Kirchtürme von St. Amand mit Maschinengewehren. Beiderseits von Solesmes und Le Cateau hat der Feind seine Angriffe nicht erneuert. In nächtlichen Teilkämpfen blieben die Gehöfte von Amerval in seiner Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Französische Angriffe, die am Morgen nördlich der Serre, am Nachmittag auf breiter Front zwischen Oise und Serre gegen unsere Linien vorbrachen, wurden abgewiesen. Vorwerklich von Mesbrecourt führten schlesische Truppen einen erfolgreichen Angriff durch.

Auf den Aisne-Höhen östlich von Vouziers dauern heftige Kämpfe an. Württembergische Regimenter haben im Verein mit preußischen und bayrischen Bataillonen den Feinde in erfolgreichem Gegenangriff die Höhen östlich von Bandy zwischen Ballay und Chestres und nördlich von Falaise wieder entrissen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet. Oestlich von Olizy scheiterte ein Teilangriff des Feindes.

Heeresgruppe Gallwitz:

Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Amerikaner nördlich von Thierville an. Im Feuer und im Gegenstoß sind die Angriffe des Gegners gescheitert. Vorstehende Linien unserer Maschinengewehre und Infanteriegeschütze erlitt der Amerikaner wiederum hohe Verluste.

Aus einem Geschwader von etwa acht feindlichen Flugzeugen, das Ortschaften im Lahntal angriff, wurden vier Flugzeuge abgeschossen.

Leutnant Veltjens errang seinen 35. Luftsieg.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Nordöstlich von Krusevac und am Butovic scheiterten feindliche Angriffe. Erfolgreiche eigene Unternehmungen bei Trubarevo an der südlichen Morava.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853264-191810234/fragment/page=0002